

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Post CH AG

Adressänderungen bitte an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsa.ch

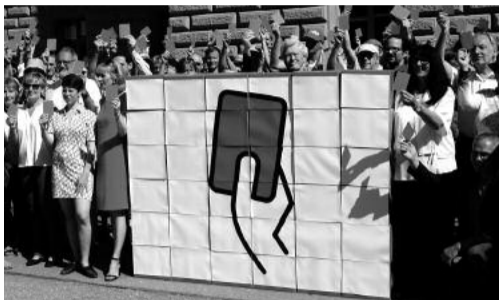
GSoA

GSoA-ZITIG NR. 188 NOVEMBER 2021

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Korrektur-Initiative

Das Parlament hat einen indirekten Gegenvorschlag zur Korrektur-Initiative angenommen, der allen Kernforderungen der Initiative Rechnung trägt. Das gibt uns die Gelegenheit, dieses Projekt nochmal Revue passieren zu lassen. SEITE 3



Afghanistan

Nach zwanzig Jahren ging der Einsatz der USA und der NATO in Afghanistan diesen Sommer zu Ende. Wir schauen auf diese vorprogrammierte Katastrophe zurück. SEITEN 4+5

Armee und Gender

Die Armee ist der Inbegriff einer patriarchalen Institution, die hochproblematische Männerbilder mit sich bringt. Gleichzeitig will die Armee mehr Frauen aufnehmen und liebäugelt mit der Idee eines obligatorischen Orientierungstages. SEITE 7

BEREITS 60'000 UNTERSCHRIFTEN!

SEITE 2+6



Fotos: GSoA

Liebe Leser*innen

Auf allen Ebenen ein Desaster – so könnte man den 20-jährigen Militäreinsatz der USA und der NATO in Afghanistan beschreiben. In dieser Ausgabe widmen wir diesem Thema vier Artikel. Wir beginnen mit einem kurzen Überblick über die jüngsten Ereignisse. Daraufhin behandeln wir, am Beispiel Afghanistan angelehnt, die Frage von Militärinterventionen im Allgemeinen. Schliesslich schauen wir uns noch die Rolle der Schweiz in diesem mörderischen Krieg an. Diesbezüglich werden wir uns mit unserem langjährigen Aktivistin und Gründungsmitglied Jo Lang über Schweizer Militarismus in Afghanistan unterhalten. Passend zum Thema Schweiz werden wir auch die Schweizer Waffenexporte, insbesondere die der PC-12, beleuchten.

Doch Aktuelles zum Antimilitarismus gibt es nicht nur auf der internationalen Ebene. In der Schweiz läuft die Unterschriftensammlung zur Stop-F35 Initiative auf Hochtouren. Dazu geben wir euch die neusten Infos. In diesem Kontext werden wir ebenfalls einen Blick zurückwerfen, nämlich auf eines der grössten Fiaskos der Schweizer Militärgeschichte: den Mirage-Skandal. Wir werden ausserdem ins Ausland schauen, wo der Widerstand gegen den Luxusjet F-35 in verschiedenen Ländern wächst.

Wir enden mit dem Erfolg der Korrektur-Initiative. Das Parlament hat einen indirekten Gegenvorschlag, der allen Grundforderungen gerecht wird, gutgeheissen.

Wir wünschen euch viel Spass beim Lesen und beim Entdecken aller anderen spannenden Artikel in dieser Ausgabe.

Thomas Bruchez
und das ganze Redaktionsteam

Impressum

Redaktion: Thomas Bruchez (tb, verantwortlich), Anja Gada (ag), Jonas Heeb (jh), Saskia Rebsamen (sr), Moritz Lange (ml), Nadia Kuhn (nk), Jonas Kampus (jk), Anna Lindermeier (al), Lukas Bürgi (lb), Andreas Weibel (aw), Adi Feller (af), Oger (og), Pauline Schneider (ps), Judith Schmid (js)

Cartoons: Oger | **Gestaltung:** Regula Meili | **Übersetzung:** Catherine Jost | **Druck:** ROPRESS Zürich | **Auflage:** 17'500, mindestens viermal jährlich | **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.–/ Nichtverdienende Fr. 50.–** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– PC-Konto: PC 40-37315-5 | **Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

Leser*innenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen der CreativeCommons-Lizenz CC BY-ND-NC 4.0. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

SAMMELPHASE F-35

Startschuss zum Absturz

Am 31. August haben wir unsere Initiative gegen die Beschaffung neuer Kampffjets des Typs F-35 lanciert. Dank eurer Unterstützung füllt sich unser Postfach seither täglich mit Unterschriftenbögen aus der ganzen Schweiz. Jetzt gilt es, dranzubleiben und durch eine turbohafte Unterschriftensammlung der Schweizer Politlandschaft klarzumachen, dass diese Tarnkappenbomber von einem grossen Teil der Bevölkerung weder erwünscht sind noch als nützlich erachtet werden. ANJA GADA

Schnallt euch besser an, denn die Unterschriftensammlung gegen den F-35 wird ziemlich zackig von Statten gehen. Durch das Damoklesschwert, welches derzeit über uns schwebt – die theoretische Möglichkeit, dass der Bundesrat



noch heute die Anschaffung der amerikanischen Tarnkappenbomber in die Wege leitet – ist unsere aktuelle Unterschriftensammlung wohl nicht die gemütlichste. Das macht sie jedoch auch besonders reizvoll. Durch die intensive Sammelphase konnte ich an den letzten Wochenenden auf der Strasse schon zahlreiche extrem spannende Gespräche über die Beschaffung des F-35 führen, die auf andere Weise so nie zustande gekommen wären. Die Unterhaltung, die mir dabei am meisten in Erinnerung geblieben ist, ist diejenige mit einer Pflegefachfrau aus Zürich. Seit Monaten kämpft sie mit ihren Kolleg*innen für bessere Arbeitsbedin-

Stop F-35: In der ganzen Schweiz sammeln wir Unterschriften für die Initiative Stop F-35. Foto: GSoA

gungen, mehr Ressourcen und einen gerechten Lohn. Sie wird zwar beklatscht, aber nicht gehört. Mit ihrer Unterschrift setzt sie sich also nicht nur gegen eine Aufrüstung der Schweizer Luftwaffe ein. Es ist ein weiterer Teil ihres Kampfes, Staatsgelder so einzusetzen und zu investieren, dass sie den Menschen zugutekommen und nicht als Armee-Spielzeug-Budget missbraucht werden.

Begegnungen wie diese bestärken mich und das gesamte GSoA-Sekretariat in unserem Aktivismus und unserem täglichen Engagement. Ich kann euch daher nur empfehlen, euch ebenfalls ein Brettchen zu schnappen und mit schlagkräftigen Argumenten und einem Stift bewaffnet die Strassen eures Wohnorts nach Leuten abzusuchen, die von dieser himmelschreienden Sinnlosigkeit und Unvernunft empört sind. Neben zahlreichen nationalen Sammeltagen, an denen sich jede*r anschliessen kann, besteht natürlich auch die Möglichkeit, selbstständig auf Unterschriftenjagd zu gehen. Wenn ihr Bögen, Plakate oder Brettchen benötigt, könnt ihr euch an info@stop-f-35.ch wenden. Wir sind auf euch angewiesen, denn wie ihr wisst, braucht es einiges mehr, einen Kampffjet zum Abstürzen zu bringen, als ihn zu starten.

VOLLVERSAMMLUNG

Rückblick zur 40. GSoA Vollversammlung

Am 3. Oktober hielt die GSoA ihre 40. Vollversammlung ab: Nach zwei Jahren statt zu Hause vor den Bildschirmen endlich wieder in gewohnter Umgebung im Kreuz in Solothurn. Trotz Pandemie konnte auf viele Ereignisse im letzten Jahr zurückgeschaut werden. Doch natürlich widmeten wir uns auch der Zukunft und somit unserer anstehenden Initiative. JONAS HEEB

Es gab viel zu berichten und zu erzählen aus dem letzten Jahr. Mehrere nationale Abstimmungen, zahlreiche Aktionen, der Strike for Future, die Korrektur-Initiative und zahlreiche weitere Aktionen und Kampagnen. Auch in den Pandemie Jahren war die GSoA aktiv im Kampf gegen die Rüstungslobby, was mit Genugtuung zur Kenntnis genommen werden durfte.

Trotz all den Rückblicken wurde aber auch vorwärts geschaut. Wir sind bereits mitten in der Sammelphase für die «Stop F-35 Initiative», die an der Vollversammlung grösstes Thema gewesen ist und mit der formalen Genehmigung durch die Mitglieder definitiv startklar ist. Wir sind bereit! Zudem machten wir uns Gedanken über das neue Projekt, welches die GSoA danach in Angriff nehmen soll. Wir

freuen uns auf die Auswertung der Ideen und Vorschläge! Erfreulicherweise sprach sich die Vollversammlung gegen die geplante Initiative

«für einen Service Citoyen» aus. Die Initiative stärkt die Armee, führt zu mehr Zwangsdienst und ist mit dem UNO-Menschenrechtspakt nicht vereinbar, weshalb sich die GSoA dagegen wehren wird.

Es läuft also weiterhin viel und wir sind hochmotiviert, gemeinsam für eine pazifistische Schweiz einzustehen!



VV: Die 40. Vollversammlung der GSoA konnte wieder in Person stattfinden. Foto: GSoA

MITGLIEDERUMFRAGE

Wer ist eigentlich «die GSoA»?

Rund 18 000 Mitglieder ermöglichen der GSoA durch ihre ideelle und finanzielle Unterstützung, sich beständig gegen Armee und Militarismus einzusetzen. Doch bisher wussten wir kaum: Wer sind überhaupt unsere Mitglieder? Eine Umfrage hat diesen Sommer etwas Klarheit gebracht. SASKIA REBSAMEN

Rund 1300 deutsche und französische Antworten auf die GSoA-Mitgliederumfrage sind bis im August bei uns eingegangen. Wir danken allen, die mitgemacht und uns so ermöglicht haben, ein Bild unserer Mitglieder skizzieren zu können.

Rund zwei Drittel der Umfrageteilnehmer identifizieren sich als männlich, ein Drittel als weiblich und circa 1% als anderes. Das Durchschnittsalter der GSoA-Mitglieder beträgt 51 Jahre und laut den angegebenen Wohnorten

sind sie in grösseren Städten überdurchschnittlich oft vertreten. Der wichtigste Beitrittsgrund ist und bleibt die Unzufriedenheit über die Armee, wobei auch pazifistische oder linke Grundhaltungen sowie ein allgemeines Interesse an einem GSoA-Thema ausschlaggebend sind. Zu den beliebtesten Themen gehört als klarer Favorit die Finanzierung von Kriegsmaterial, gefolgt von der Armeeabschaffung auf dem zweiten Platz. Wie sehr sich die GSoA ausserhalb dieser Themen positionieren soll, lässt die

Meinungen auseinandergehen: Während die einen Umfrageteilnehmenden mehr «intersektionale, grüne und moderne Politik» wünschen, fordern andere Breitenwirkung und Zusammenarbeit auch mit bürgerlicher Seite.

Weiter hat sich die Umfrage auf Aktivität und Partizipation unter den Mitgliedern fokussiert: Von den Teilnehmenden sind weniger als zehn Prozent selbst aktiv, wobei viele gerne aktiver wären (in der Deutschschweiz 20%, in der Romandie sogar 30%). Als Formen des Engagements wünschen sich die Umfrageteilnehmenden «über aktuelle friedenspolitische Ereignisse informiert zu werden» und sie geben eine hohe Motivation zum Unterschriftensammeln an. Im Hinblick auf die F-35-Initiative kommt das sehr gelegen – und zeigt einmal mehr, wie fest die GSoA von ihren engagierten Mitgliedern getragen wird.

KORREKTURINITIATIVE

Veni, vidi, vici

Wie die GSoA in einer Mitte-Links-Allianz die Gunst der Stunde und den unüberlegten Vorstoss der Rüstungsindustrie nutzte, um das Kriegsmaterialgesetz zu verschärfen und endlich eine Referendumsmöglichkeit gegen Waffenexport-Lockerungen zu haben. MORITZ LANGE

Alles begann am 21. Juni 2018 – am Tag der Einreichung der Kriegsgeschäfte-Initiative und knapp eine Woche nach der verhängnisvollen Entscheidung des Bundesrats. Am 15. Juni 2018 entschied der Bundesrat auf Drängen der Rüstungsindustrie, die Kriegsmaterialverordnung zu lockern und Kriegsmaterialexporte in Bürgerkriegsländer zu ermöglichen. Beim Apéro im Anschluss an die Einreichung machte der Gedanke die Runde, den Unmut der Bevölkerung ob dem Entscheid des Bundesrats zu nutzen und eine «Express-Initiative» zu lancieren, um diese Entscheidung zu kippen. Die GSoA sah ihre Chance, ein altes Ziel endlich zu erfüllen: Die Verankerung der Kriegsmaterialexportkriterien in einem referendumsfähigen Bundesgesetz. Die Diskussionen liefen hitzig ob dieser Entscheidung, muss die Initiative doch gewinnbar sein, wozu man nicht nur die linken Stimmen in der Gesellschaft braucht, sondern auch Mitte- und Rechtswählende. Kurzerhand entschied man sich zu einer Blitzumfrage, um auch die letzten Zweifler*innen innerhalb der GSoA zu überzeugen und die Gewinnbarkeit der Initiative darzulegen. Drei zufällig anwesende Soldaten wurden befragt, ob sie die Pläne des Bundesrats unterstützten. Die Antworten waren übereinstimmend: Kriegsmaterialexporte Ja, aber Kriegsmaterialexporte in Bürgerkriegsländern Nein. Damit war es zumindest inoffiziell entschieden: Die GSoA wird eine Express-Initiative lancieren, um die Pläne des Bundesrats und der Rüstungsindustrie zu kippen.

GRÜNDUNG EINER BREITEN ALLIANZ

Schnell war klar, dass die Absenderin der Initiative nicht allein die GSoA sein kann – es brauchte eine breite Allianz mit Linken und Bürgerlichen. Daher wurde das Gespräch mit

der GLP und der BDP gesucht. Die BDP hat ihre Haltung zum Thema schon am 28. Mai 2018 klar formuliert. In einer Motion forderte die BDP Fraktion den Bundesrat dazu auf, den Entscheid zurückzunehmen und die Kriegsmaterialexportkriterien auf Gesetzesstufe zu verankern. Sowohl GLP als auch BDP waren sofort an Bord. Wie schon die Soldaten waren auch die GLP und BDP der Meinung: Kriegsmaterialexporte Ja, Kriegsmaterialexporte in Bürgerkriegsländern Nein. Natürlich wurde das

Diese Abstimmung gab den Ausschlag: Der Nationalrat folgte dem Ständerat auf dem Fusse, lehnte die Einführung von gefährlichen Ausnahmeregelungen ab und stimmte einem indirekten Gegenvorschlag zu, der alle Hauptforderungen der Korrekturinitiative enthält.

TOTAL / TOTALE	
Ja / Oui / Si / Gea	91
Nein / Non / No / Na	96
Enth. / Abst. / Ast. / Abst.	6

Gespräch auch mit EVP, SP, Grünen und Hilfsorganisationen gesucht und natürlich waren auch diese dabei. Damit stand das Co-Präsidium der Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer.

Nun musste möglichst schnell ein Initiativtext her – es war ja schliesslich eine Express-Initiative. Nach viel Arbeit und langen Nächten stand auch der Text. Nun fehlte einzig noch ein griffiger Name. Nach vielen Umwegen wurde der Grundgedanke der Initiative nochmals hervorgeholt – der Entscheid des Bundesrats soll korrigiert werden. Die Korrektur-Initiative war geboren.

50'000 UNTERSTÜTZER*INNEN

Anfangs September desselben Jahres startete die Korrektur-Initiative in die Pledge-Phase.

Die Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer lancierte einen Aufruf: «Wer sammelt 4 Unterschriften für die Korrektur-Initiative?» Die Initiative würde lanciert, wenn in den kommenden zwei Wochen 25'000 Personen den Aufruf unterschrieben. Nach nur einer Woche hatten über 50'000 Personen den Aufruf unterschrieben. Der Lancierung der Korrektur-Initiative stand nichts mehr im Weg.

Am 11. Dezember 2018, nur ein halbes Jahr nach der ersten Idee, wurde die Korrektur-Initiative lanciert. Nach weniger als zwei Monaten hatten bereits über 100'000 Personen diese unterzeichnet. Die Express-Initiative wurde zur Super-Express-Initiative.

Nach einer Extrarunde über ein Vernehmlassungsverfahren landete die Korrektur-Initiative schliesslich samt einem Gegenvorschlag im Parlament. Die parlamentarische Beratung war geprägt von einem Auf und Ab der Gefühle. Die GSoA hat stets im Hintergrund die Arbeiten zur Initiative mitkoordiniert. Die Parlamentarier*innen von links bis in die Mitte versuchten, im Parlament Allianzen zu bilden. Klar ist: Ohne GSoA wäre der parlamentarische Erfolg wohl nicht möglich gewesen, aber ohne eine solide Mitte-Links-Allianz auch nicht. Ein wichtiger Faktor für den Erfolg war die Fähigkeit der GSoA, breite Allianzen zu bilden, und sich selbst im richtigen Moment nicht ins Scheinwerferlicht zu stellen. Eine Tugend, die in der Politik nicht selbstverständlich ist.

Dank den Parlamentarier*innen des Co-Präsidiums, den Fraktionsführungen der beteiligten Parteien und der Arbeit im GSoA-Sekretariat kam im Parlament schliesslich ein griffiger Gegenvorschlag durch, der fast alle Anliegen der Korrektur-Initiative aufgenommen hat. Von nun an werden Waffenexporte in Bürgerkriegsländer und an Länder, die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen gesetzlich verboten sein. Sollte es in Zukunft zu einer Lockerung kommen, können und werden wir das Referendum ergreifen.

Es ist ein historischer Sieg für die GSoA und die ganze Friedenspolitik.

POST-SHIPMENT VERIFICATION

Zu wenig, zu spät

Ein altbekanntes Problem von Waffenexporten: Immer wieder taucht Schweizer Kriegsmaterial in Kriegsgebieten auf, weil die eigentlichen Empfängerstaaten es an Drittstaaten weiterlieferten. Ein Kontrollverfahren, vollzogen durch das Seco, soll dieser illegalen Praxis Einhalt gebieten. Leider funktioniert dieses Verfahren nicht, auch weil das Seco gerne mal ein Auge zudrückt. JONAS HEEB

Grundsätzlich ist es einem Land, das Schweizer Waffen kauft, verboten, diese ohne die ausdrückliche Zustimmung durch die Schweiz weiterzuverkaufen, auszuleihen oder zu verschenken. Dieser Grundsatz steht in der Kriegsmaterialverordnung und trägt den Namen «Nichtwiederausfuhr-Erklärung». Doch wer überprüft deren Einhaltung? Dies geschieht über die sogenannte «Post-Shipment Verification» (PSV). Waffen, die aus der Schweiz exportiert worden sind, sollen zu einem Zeitpunkt nach der Ausfuhr verifiziert werden, und somit

die Einhaltung der Nichtwiederausfuhr-Erklärung überprüft werden.

WER WIRD WIE KONTROLLIERT?

Doch wie darf man sich die Durchführung einer solcher Kontrolle vorstellen? Reist eine Delegation von Schweizer Beamt*innen in das Empfängerland und schaut nach, ob die gelieferten Waffen noch vor Ort sind? Ja, genau so. Ein relativ zeit- und ressourcenaufwändiges Unterfangen also, diese PSV. Das bedeutet, dass nur wenige der Staaten, die von Produkten

der Schweizer Rüstungsindustrie Gebrauch machen, kontrolliert werden können. In den 8 Jahren, seit die PSV angewendet wird, fanden gerade mal um die 50 Kontrollen statt. Dies steht in keinem Verhältnis zu den jährlich ca. 2500 erteilten Ausfuhrbewilligungen für Schweizer Kriegsmaterial.

Oftmals ist es zudem nicht möglich, sämtliches Kriegsmaterial vor Ort zu kontrollieren, da die Sicherheitslage des Landes dies nicht zulässt. So kann es vorkommen, dass bei PSV nur Stichproben durchgeführt werden können oder einzelne Waffen per Fotobeweis verifiziert werden – eine Praxis, die dem Seco genügt. Jene Staaten also, wo die Kontrolle am wenigsten wäre, können oftmals nur ungenügend überprüft werden.

NUR NICHT ZU STRENG!

So stehen die Kontrolleur*innen des Bundes immer wieder vor unvollständigen Waffenhau-

fen. Ein Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle von 2018 hält dies so fest. In den letzten zwei Jahren fehlten beispielsweise Waffen in Bosnien und Herzegowina und in Malaysia. Beide erhielten nach der Kontrolle die Note «gut». In Mexiko wurde 2019 ca. die Hälfte der gelieferten Sturmgewehre verifiziert – ein Teil davon mittels Fotos. Für den Bund ausreichend, die Note «genügend» zu erteilen.

Mit solch laschen Bestimmungen muss man sich nicht wundern, wenn Schweizer Kriegsmaterial in Kriegsgebieten auftaucht. Wenn also schon die nachgewiesenen fehlenden Waffen nicht richtig gehandelt werden, wer weiss wie hoch die Dunkelziffer mit 5-10 Kontrollen und 2500 Ausfuhrbewilligungen im Jahr ist? Es gäbe eine sehr wirksame Methode, um all diese Probleme zu lösen: Gar nicht erst Kriegsmaterial zu exportieren.

AFGHANISTAN

AKTUELLE LAGE

Vom Scheitern des «Krieg gegen den Terror»

Seit mehr als 40 Jahren wird Afghanistan von bewaffneten Konflikten beherrscht. Die Invasion der von den USA angeführten NATO-Truppen im Jahr 2001 brachte ebenfalls keinen Frieden – im Gegenteil: Spätestens seit ihrem Abzug wird klar, wie sehr die Taliban in den Jahren der Besatzung erstarkt sind. NADIA KUHN

Im Sommer dieses Jahres überschlugen sich die Ereignisse: Seit dem 1. Mai, als der Abzug der NATO-Truppen offiziell begann, haben die Taliban in zahlreichen Offensiven das von ihr kontrollierte Gebiet massiv auszuweiten vermocht. Am 15. August 2021 fiel schlussendlich auch die afghanische Hauptstadt Kabul unter ihre Kontrolle. In Kabul brach daraufhin Panik aus: Tausende Menschen stürmten den Flughafen, um auf dem Luftweg aus dem Land zu fliehen. Insbesondere lokale Mitarbeitende von westlichen Botschaften, von internationalen Truppen oder Nichtregierungsorganisationen fürchten, von den Taliban als Kollaborateur*innen und Verräter*innen getötet zu werden. Statt ihnen und anderen besonders vulnerablen Personen zur Flucht zu helfen, schufen westliche Regierungen wie Deutschland enorme bürokratische Hindernisse für die Ausstellung von Visa.

In der Analyse westlicher Medien dazu, warum die Taliban so starken Rückhalt in der Bevölkerung haben und das Land in so kurzer Zeit vollständig unter ihre Kontrolle bringen konnten, war oft die Rede vom «kläglichen Scheitern der afghanischen Armee», von schlechter Ausrüstung und fehlender Moral. Erstaunlich wenig wurde danach gefragt, ob nicht gerade auch die Mittel des Westens im «Kampf gegen den Terror» wesentlich zur Erstarkung der Taliban beigetragen haben könnten. Dabei wurden diese zweifelhaften Mittel immer wieder recherchiert und belegt: Foltergefängnisse wie in Bagram, Massaker an

ganzen Hochzeitsgesellschaften, weil einzelne Zielpersonen darunter waren, Entführungen und Drohnenangriffe, die nicht selten die Falschen trafen.

Auch das oft beschworene «Nation Building», das Menschenrechte und Demokratie nach Af-

ghanistan «exportieren» will, war selbst auf einer institutionellen Ebene reine Farce. So etablierte die USA etwa mit der Verfassung von 2003 ein Präsidialsystem, das Parlament und politische Parteien praktisch entmachtete und es der Regierung erlaubte, während den Parlamentsferien Gesetze zu verabschieden. Von Anfang an setzte die USA und ihre Verbündeten im Kampf gegen die Taliban auf Warlords und verschlossen im Gegenzug die Augen vor den von ihnen begangenen Menschenrechtsverletzungen.

Leidtragende dieses Konflikts war und ist die gesamte Zivilbevölkerung, darunter insbesondere Kinder, Frauen, ethnische Minderheiten und queere Menschen. Bereits vor der aktuellen Notsituation ging einer der grössten Flüchtlingsströme der Welt von Afghanistan aus – mehr als 2,5 Millionen afghanische Flüchtlinge sind weltweit registriert, zusätzlich gibt es weltweit schätzungsweise vier Millionen undokumentierte afghanische Migrant*innen. Diese vielen gefährdeten Menschen rasch und unbürokratisch aufzunehmen, wäre die Pflicht der Schweiz und anderer westlicher Länder.



Nach fast 20 Jahren, in denen die USA und die NATO Truppen in Afghanistan stationiert hatten, wurde der Krieg diesen Sommer abrupt beendet.

Foto: Cpl. Pete Thibodeau, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Nowzad_3_8_001.jpg

20 JAHRE WAR ON TERROR

«Either you are with us or you are with the terrorists»

Der 20-jährige «Krieg gegen den Terror» hat die Welt grundlegend verändert - nicht nur im Irak oder in Afghanistan, sondern überall auf der Welt. Jede*r kann unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung durch ihren*seinen Widerstand gegen die herrschende neokoloniale, patriarchale, neoliberale Hegemonie ins Visier westlicher Behörden geraten. JONAS KAMPUS

Als am 11. September die Terroranschläge auf das World Trade Center und das Pentagon verübt wurden, war ich noch nicht einmal fünf Monate auf der Welt. Neun Tage später war mit dem Beginn des «War on Terror» die kurze Zeitspanne zu Ende, in welcher die USA während meiner Lebenszeit nicht im Krieg stand. Dieser «Krieg gegen den Terror» sollte eine konstanter Begleiter während meines Heranwachsens sein. Die Ankündigung von Saddam Husseins Exekution war eines der ersten Ereignisse, das sich in meinem Gedächtnis einprägte. Bin Ladens Tod war Thema Nummer eins auf dem Pausenplatz. Der Aufstieg des Daesh, auch bekannt als Islamischer Staat, und darauffolgend rechtsextremer Kräfte liess mich erschauern und staunen, wie unfähig die westlichen Staaten auf diese Entwicklungen reagierten.

HORRENDE KOSTEN UND VERLUSTE

Nun ist die USA also nach fast 20 Jahren aus Afghanistan abgezogen, ich verfolge die Ereignisse praktisch in Echtzeit auf Twitter. Die letzten Tage der Evakuierung stehen dabei sinnbildlich für die schreckliche Bilanz westlicher

Militärinterventionen. Dem 20-jährigen Krieg gegen den Terror fielen bislang fast eine Million Menschen zum Opfer, davon sind mehr als 40% Zivilist*innen. Weitere 31 Millionen Menschen wurden aufgrund dessen vertrieben. Während ein Grossteil davon in bitterer Armut lebt, kostete der Krieg allein die USA 5.8 Billionen Dollar. Gleichzeitig hat sich die Anzahl der Terroranschläge nach 9/11 um das 60-Fache erhöht.

KRIEG OHNE GRENZEN

Die USA kann auf eine lange Geschichte der Militärinterventionen oder durch ihre Geheimdienste verübte Attentate oder Coups zurückblicken. Der «War on Terror» bringt aber eine völlig neue Dimension des Krieges. Er kennt weder zeitliche, noch räumliche Grenzen. Nach dem Abzug aus Afghanistan wird die schwammige Definition des Feindes und die undefinierte Rückzugsstrategie zu Beginn der Intervention als grossen Fehler bezeichnet, dabei definiert genau das den Kern dieses Krieges. Der Krieg kann ohne parlamentarische Zustimmung auf jedes Gebiet rund um den Globus ausgedehnt werden, jede Person kann plötzlich

als Feind*in der herrschenden westlichen Klasse bezeichnet werden und Menschen können jahrelang ohne Prozess unter unmenschlichen Bedingungen weggesperrt werden.

DER FEIND SIND WIR ALLE

Der «Krieg gegen den Terror» beschränkt sich dabei nicht auf den Nahen Osten und Teile Afrikas. Mit der Einföhrung des Patriot Acts in den USA und ähnlichen Gesetzen in Europa, wie z.B. dem Polizeimassnahmegesetz (PMT) und dem neuen Nachrichtendienstgesetz (NDG) in der Schweiz, wurden längst unsere eigenen vier Wände zum Kriegsgebiet. Dank den Enthüllungen von Snowden, Manning und anderen Whistleblower*innen wissen wir heute besser, wie weitreichend die Interventionen westlicher Staaten durch Waffengewalt und Überwachung auf dem ganzen Globus sind. Die Software von Palantir zum Beispiel, welche zur Erfassung und Auswertung biometrischer Daten im Afghanistankrieg entwickelt wurde, wird heute gegen Black, Indigenous und People of Colour (BIPoCs) in den USA verwendet. Seit Jahren ähneln die US-amerikanischen Polizeikräfte immer mehr einer hochgerüsteten Besatzungsarmee. Panzerfahrzeuge und Waffen, welche zuvor gegen irakische Zivilist*innen eingesetzt wurden, kommen nun zum Zuge, um Black-Lives-Matter-Demonstrationen in den USA

gewaltsam niederzuschlagen. Afghanische Geflüchtete werden an der europäischen Aussen-grenzen von der militärähnlichen Grenzschutzorganisation Frontex an ihrer Einreise durch Pushbacks und Waffengewalt gehindert. Schaffen sie es doch auf eine griechische Insel, werden sie jahrelang in notfallmässig zusammenge-zimmer-ten Camps eingesperrt.

Der «Krieg gegen den Terror» ist ein all-mächtiges Mittel, um jeglichen Widerstand gegen Neokolonialismus, Patriarchat, Klimazerstörung und kapitalistischer Ausbeutung im Keim zu ersticken. Dieser Krieg ist nicht gescheitert, er mag sein Ziel in Afghanistan verfehlt haben, doch global gewinnt er weiterhin an Boden.

George Bush mag gesagt haben, dass man entweder mit ihm oder mit den Terrorist*innen sei, doch niemals darf man sich dieser Rhetorik hingeben. Gruppen wie der Daesh oder Al-Qaida haben ein genauso grosses Interesse an einer Weiterführung des «Krieg gegen den Terror» wie die NATO und die Rüstungsindustrie. So lassen sich weiterhin junge Menschen für das gegenseitige Abschlichten rekrutieren, Verteidigungsbudgets erhöhen, Waffen produzieren und Überwachungsmassnahmen ausweiten. Dagegen hilft nur der konsequente Widerstand gegen zukünftige PMTs, NDGs, Lockerungen des Kriegsmaterialgesetzes und die Anschaffung neuer Kampfjets.

INTERVIEW

GSoA und Schweizer Militarismus in Afghanistan – Interview mit Jo Lang

Josef (Jo) Lang ist Historiker, GSoA-Vorstandsmitglied und war von 2003 bis 2011 für die Alternative – die Grünen Zug im Nationalrat. Er erzählt von seinem Besuch in Afghanistan und wie die Folgen des langjährigen Militärinterventionismus im Land sichtbar sind, schildert die Stimmung in der Schweiz während des «war on terror» und spricht von der Rolle der GSoA bei Entscheiden zur Teilnahme der Schweiz an diesem Krieg. ANNA LINDERMEIER

— *Wie hast du die Folgen des Militär-Interventionismus, also seit der Invasion der Sowjetunion 1979 und später dann ab 2001 der NATO, bei deinem Besuch in Afghanistan im Jahr 2006 erlebt?*

In Erinnerung geblieben sind mir die Tausenden von Gräbern im ganzen Land, geschmückt von grünen Fahnen, hunderte von ausgebrannten russischen Panzern und der zerstörte Salang-Tunnel, durch den wir auf dem Weg von Kabul nach Mazar-e-Sharif fuhren.

— *Was hat dich am meisten berührt?*

Weiter sind mir die Freundlichkeit der Menschen, die wunderschöne Blaue Moschee in Mazar-e-Sharif, aber auch die vielen Frauen in Burkas in den Anti-Taliban-Hochburgen in Erinnerung geblieben. Auffällig war die starke Erwartungshaltung vieler Menschen an die Schweiz, die ausschliesslich das Zivile betraf, beispielsweise Orthopädie, die Berufsbildung und die Ausgestaltung des Föderalismus. Die Leute wussten, dass auch die Schweiz ein gebirgiges Land mit verschiedenen Ethnien und Konfessionen ist und orientierten sich demnach zu einem gewissen Grad daran.

— *Was war die Rolle der Schweiz während der ersten Invasion Afghanistans durch die Sowjetunion?*

Die Ablehnung der Invasion war einhellig. In der Linken befürchtete man zu Recht eine Ver-

schärfung des «Kalten Krieges». Eine spezielle Rolle spielte die Schweiz im Jahr 1982, indem sie sich bei einem Gefangenenaustausch von Mujaheddin und russischen Soldaten als «neutrale Partei» zur Verfügung stellte, um russische Soldaten in der Schweiz aufzunehmen. Diese elf Rotarmisten gingen als «Zugerberg-Russen» in die Geschichte ein. Sie waren interniert im ehemaligen Militärgefängnis oberhalb von Zug.

— *Wie war die Stimmung in der Schweiz nach dem Attentat von 9/11 und dem dadurch gestarteten «war on terror»?*

9/11 hat die meisten Leute schockiert. Die Reaktion der USA, deswegen Krieg zu führen, hat die meisten befremdet, doch an unserer Demo im Dezember 2001 nahmen nur 3000 Leute teil. Ein gutes Jahr später gab es gegen die Irak-Intervention zwei Kundgebungen auf dem Bundesplatz mit jeweils 40'000 Leuten. Das zeigt den Stimmungswandel zwischen Ende 2001 und Frühling 2003. Ab diesem Moment kippte auch die Stimmung in der Linken. Bis Frühling 2003 war die GSoA mit der Ablehnung von militärischen Auslandseinsätzen in der Minderheit, danach in der Mehrheit. Deshalb kam die Armee nach 2003 nicht mehr über den Kosovo hinaus.

— *Zwischen 2005 und 2007 hatte der Bundesrat die Absicht, Soldat*innen nach Nordafghanistan zu schicken. Wer unterstützte diese Absicht?*

Die Schweiz stand unter einem massiven

Druck der NATO, in Afghanistan stärkere Präsenz zu markieren. Dabei ging es weniger um die militärische Power, sondern um das humanitär-neutrale Branding. Es gab vier Kreise, die den Einsatz von einer kleinen Truppe in Afghanistan befürworteten. Dazu gehörten der Bundesrat, zweitens ein Teil der Armeeführung, die Schweizer Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der NATO, mit je einem Mitglied von SVP, CVP, SP und FDP und die Begleitkommission der PSO (Peace-Support-Operation).

— *Wie hat die GSoA dies bekämpft?*

Unsere Strategie war ausgerichtet auf eine Bundesratsvorlage mit Parlamentsentscheid. Um einen Einsatz zu verhindern, mussten wir die Mehrheit der Linken gewinnen, das bedeutete, eine grosse Mehrheit der Grünen und mindestens einen Drittel der SP. Wir veröffentlichten Medienmitteilungen, verabschiedeten Resolutionen, als GSoA-Vertreter im Nationalrat machte ich eine Reihe von Vorstössen und mein wichtigster Beitrag war die Reise durch Afghanistan. Der Reiseführer Albert Stahel, ein hoher Militär und Professor an der Militärakademie, hatte mir gesagt: «Wenn Sie die Mehrheit der Linken gewinnen wollen, müssen Sie mit mir nach Afghanistan reisen.»

— *Was wären mögliche Folgen für die Schweiz gewesen, wenn die GSoA das nicht verhindert hätte?*

Die Folgen wären katastrophal gewesen. Am 4. September 2009 bombardierte die US-Luftwaffe auf Ersuchen der deutschen Bundeswehr einen im Sand steckengebliebenen Tanklastwagen in Kunduz. Mehr als hundert Personen, dar-



Jo Lang. Foto: zur Verfügung gestellt (zvz)

unter viele Kinder, die gekommen waren, um Benzin abzapfen, verbrannten im Inferno. Für die Schweiz, die dem deutschen Kommando ebenfalls untergeordnet wäre, hätte das geheissen, mitgegangen, mitgegangen.

— *Welche Lehre hast du aus Afghanistan für die Schweiz gezogen?*

Die Schweiz hatte wahnsinnig Glück, dass sie nicht zum direkten Teil der Afghanistan-Katastrophe (abgesehen von dem PC-12-Einsatz) wurde. Meine Reise nach Afghanistan hatte neben der Verhinderung eines Militäreinsatzes noch einen zweiten Zweck: Den Ausbau der zivilen Solidarität. Am 31. Oktober 2006 weihte unsere Delegation in Bamiyan ein «House of Science» ein. Dieses Gebäude war ein Geschenk der ETH Zürich an die Stadt zu ihrem eigenen hundertfünfzigsten Geburtstag. Unser Motto lautete: «Solidarität statt Soldaten!»

Die Afghanistan-Situation sollte Allen guten Willens klarmachen, dass die Schweiz auf militärische Auslandseinsätze definitiv verzichten soll.

DIE ROLLE DER SCHWEIZ

Waffenexporte um jeden Preis

Nach dem überstürzten Abzug der USA aus Afghanistan ist mindestens ein Schweizer Militärflugzeug den Taliban in die Hände gefallen, von fünf weiteren fehlt jede Spur. Exportiert wurde ohne jegliche Kontrolle. LUKAS BÜRGI

Achtzehn PC-12 Flugzeuge des Schweizer Herstellers Pilatus wurden für den Krieg in Afghanistan von den USA gekauft, in der für militärische Spezialmissionen angepassten «Spectre» Variante. Danach haben die USA die Flugzeuge militärisch weiter aufgerüstet und den von ihnen aufgebauten afghanischen Streitkräften überlassen bzw. selbst im Krieg in Afghanistan verwendet. Die genaue Ausstattung der Flugzeuge ist nicht bekannt, aber die dafür beauftragte Firma ist spezialisiert auf Electronic Warfare und Sensor- und Informationssysteme. Daher kann davon ausgegangen werden, dass die Flugzeuge für die Koordination und Unterstützung von Kampfhandlungen aller Art eine wichtige Rolle spielen. Ihre wichtige Rolle wird auch bestätigt durch eine prestigeträchtige Mackay Trophy, die verliehen wurde für einen PC-12 Flug im Rahmen von Kampfhandlungen um

Ghasni, bei denen bei einem vermutlich von den Amerikanern geführten Luftangriff auch Kinder getötet wurden.

Solche Exporte sind in der Schweiz ein normales Tagesgeschäft ohne jegliche staatliche Kontrolle, da viele Güter offiziell als «zivil» eingestuft werden, die explizit dafür bestimmt sind, im Ausland zu Kriegsgeräten fertig gebaut zu werden und an Bestimmungsländer weitergegeben zu werden, an die man aus der Schweiz kein Kriegsmaterial exportieren dürfte. So verdanken wir es ironischerweise US-amerikanischer Transparenzgesetzgebung, dass wir von diesen Exporten überhaupt wissen.

Bundesbern ist Profi darin, der Stimmbevölkerung vor Abstimmungen vorzugaukeln, die Schweiz hätte weltführende Exportbeschränkungen – nur um dann die bestens getarnten Schlupflöcher darin voll auszunutzen. So wird

Kriegsmaterial an Staaten exportiert, die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen unter dem Vorwand, das Kriegsmaterial würde nicht zur Verletzung der Menschenrechte eingesetzt. Unter dem Deckmantel der «besonderen militärischen Güter» wird Kriegsmaterial mit weniger Transparenz und Kontrolle

exportiert. Für Dual Use Güter, also auch zivil einsetzbare Güter, herrschen noch laschere Regeln. Das für militärische Einsätze konzipierte PC-12-Flugzeug mit dem sympathischen Namen «Spectre» (böser Geist) ist für Bundesbern aber nicht einmal Dual Use – sondern einfach nur zivil.

Der PC-12: Laut Bundesbern ein ziviles Flugzeug, das jedoch im Afghanistan-Krieg zum Einsatz kam. Foto: Air Force Special Operations Command, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:PC-12_take_off.jpg



F-35 INITIATIVE

INTERNATIONAL

Das teuerste Pannenflugzeug der Welt

Aus dem Ruder laufende Kosten, Pannen, Spionage. Die Kritik am F-35 ist vielfältig. Nicht nur in der Schweiz, sondern auch in den anderen (potentiellen) Käuferländern. Eine Übersicht. ANDREAS WEIBEL

Die immensen Kosten und die technischen Probleme führten in allen bisherigen Käuferländern zu Kritik und Widerstand.

KANADA

Seine erste Wahl zum Premierminister verdankte Justin Trudeau 2015 unter anderem seinem Versprechen, die Beschaffung des F-35 zu stoppen. Kanada brauche keinen «Tarnkappenjet mit Erstschlag-Kapazität». Stattdessen solle man eine der «vielen preisgünstigeren Optionen beschaffen, die Kanadas Verteidigungsbedürfnissen besser entsprechen». Trudeau löste das Versprechen ein: Seine Regierung sistierte das Beschaffungsprojekt und kaufte stattdessen ein gutes Dutzend Occasions-F/A-18 der australischen Luftwaffe.

FINNLAND

In Finnland wird in den nächsten Monaten ein Entscheid erwartet, ob das Land auf den F-35 oder einen anderen Typen setzen soll. Gemäss einer repräsentativen Umfrage wird die Beschaffung nur von 45 Prozent der Bevölkerung unterstützt – und das bei einer sicherheitspolitischen Ausgangslage, die sich wegen der langen Grenze mit Russland doch sehr deutlich von der Situation der Schweiz unterscheidet. Der Widerstand gegen das Beschaffungsprojekt wird von den mit der GSoA befreundeten Organisationen Sadankomitea und Rauhanliitto getragen – unter anderem mittels Papierfliegern aus Geldscheinen, die uns graphisch verdächtig bekannt vorkommen.

ITALIEN

Die Beschaffung des F-35 beschäftigte die italienische Politik während fast einem Jahrzehnt. Insbesondere sorgten die Flugzeuge für Streit zwischen den damaligen Koalitionspartnern von Lega und Cinque Stelle. Letztere hatten sich im Wahlkampf noch klar gegen den Kauf ausgesprochen, schwenkten jedoch 2019 um.

DÄNEMARK

Das dänische Staatsfernsehen enthüllte im vergangenen Jahr, dass die US-Geheimdienste im Vorfeld des Beschaffungsentscheides die Mobiltelefone von VertreterInnen der dänischen Regierung und der lokalen Rüstungsindustrie hackte, um an Informationen zur Evaluation zu gelangen. Dies führte zu öffentlicher Konsternation, ist Dänemark doch immerhin Teil der Nato.

NORWEGEN

Ein spezielles Problem hat Norwegen: Bei Wind und Schnee benötigt der F-35 bei der Landung einen Bremsfallschirm, um rechtzeitig bremsen zu können. Dieser Fallschirm versagt jedoch bei kalten Temperaturen oftmals seinen Dienst. Diese Problematik dürfte auch in der Schweiz zu einem Thema werden.

BELGIEN

Die Kosten sind auch einer der Hauptkritikpunkte in Belgien. Insbesondere die Betriebskosten sind nochmals deutlich höher als budgetiert. Im Vergleich zu den bisherigen F-16

sind die Kosten des F-35 nicht nur 30 Prozent höher, sondern doppelt so hoch.

NIEDERLANDE

Wegen den gestiegenen Kosten leisten sich die Niederlande nur noch weniger als halb so viele Flugzeuge wie ursprünglich geplant. Für Stirnrunzeln sorgt auch, dass die holländischen F-35 weiterhin zum grössten Teil nicht im eigenen Land selbst, sondern in den USA stationiert sind, weil das für die Ausbildung der Piloten vorteilhaft sei. Ganz unglücklich dürften darüber nicht alle sein, da auch die immense Lärmbelastung durch die F-35 in den Niederlanden immer wieder dis-

kutiert wird. Die Campagne tegen Wapenhandel weist in einem Bericht noch auf eine zusätzliche Problematik hin: Firmen wie Lockheed Martin schaden der Allgemeinheit nicht nur durch ihre Produkte. Sie sind auch Meister der kreativen Steuervermeidung und entziehen den Staaten so Mittel, die dringend gebraucht würden.

VEREINIGTE STAATEN

In den USA kommt die Kritik am F-35 vor allem aus dem Militär selbst: Auch aus den höchsten Armeekreisen ist zu hören, dass die Jets weiterhin viel zu unzuverlässig und zu teuer im Betrieb seien, um für die Luftpolizei eingesetzt zu werden. Und das, obwohl es sich um das grösste Rüstungsprogramm der Menschheitsgeschichte handelt.



Nicht nur ist der F-35 unbrauchbar, er ist auch ein extrem fehleranfälliges Flugzeug. Doch bevor er in der Schweiz für einen Skandal sorgen kann, versenken wir ihn. (Aktion zur Lancierung der Initiative Stop F-35)
Foto: GSoA

KAMPFJETBESCHAFFUNG

Der nächste Skandal lauert bereits

Vergangene Kampfjetbeschaffungen sind immer wieder durch skandalöse Entwicklungen aufgefallen. Auch bei der Beschaffung des F-35 drohen wieder solche Zustände. ADI FELLER

Sie prägte ganze Generationen und hat Nachwirkungen bis heute: Die Beschaffung der Mirage des französischen Rüstungskonzerns Dassault ab 1961. Das Parlament genehmigte 100 Flugzeuge für 870 Millionen Franken. Doch 1964 musste der Bundesrat einen Nachtragskredit von 576 Millionen beantragen, der vom Parlament abgelehnt wurde. Zur Eingrenzung der Kostenexplosion wurden aus 100 geplanten Flugzeugen 57. Erstmals wurde eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) eingesetzt, um die Vorgänge zu untersuchen. Die Kosten waren Anfangs bewusst zu tief angegeben worden. Die Armee wollte zusätzliche Fähigkeiten für die Flugzeuge, die viel teurer wurden, als geplant. Und die Fähigkeit des Flugzeuges, doppelte Schallgeschwindigkeit zu erreichen, um „mit Atombomben bis nach Moskau

fliegen“ zu können, wie der damalige Luftwaffenchef betonte, wurde zum Glück auch nie benötigt. Bereits damals war eine völlig überdimensionierte Beschaffung ein grundlegendes Problem. Dazu kamen Helvetisierungen wie ein anderes Radar, als einer der Gründe für die Kostenexplosion. Danach kam etwas Demuth in die Rüstungsbeschaffung: Die F-5 Tiger, der amerikanische Exportschlager für die Dritte Welt, war auch mal genügend für die Schweizer Luftwaffe. Rüstungsbeschaffungen sind kein leichtes Geschäft, nationale Eigenentwicklungen haben ihre Tücken, wie die Schweiz auch schon mit dem im Bodensee abgestürzten P-16-Kampfjet oder dem Panzer 68 selbst erlebt hat. Doch auch Beschaffungen im Ausland sind nicht ohne, denn vieles was auf dem Rüstungsmarkt präsentiert wird, sind leere Versprechen.

DER VERHINDERTE GRIPEN-SKANDAL

Während des Abstimmungskampfes 2014 zum Kauf von 22 Gripen-Kampfjets zum Kaufpreis von 3,124 Milliarden (und Lebenswegkosten von über zehn Milliarden) gab es ein Versprechen des Herstellers Saab. Die Gripen E «sollen ab November 2018 geliefert werden» stand damals im Abstimmungsbüchlein. Im Vertrauen auf Versprechungen des Herstellers und der Rüstungsbeschaffer von armasuisse hätten gemäss Bundesrat die Gripen-Flugzeuge also bis heute grösstenteils ausgeliefert sein müssen. Aktuell, also knapp drei Jahre nach dem geplanten Auslieferungsbeginn in der Schweiz, hat Schweden vier Gripen E erhalten (zusätzlich zu vier Testflugzeugen), das die Schweiz im Beschaffungsprogramm ersetzende Brasilien, ein einziges Flugzeug. Parallel dazu läuft der Testbetrieb weiter, grundlegende Fähigkeiten der Flugzeuge, wie beispielsweise die Funktionsfähigkeit der Kanonen, müssen noch weiter erprobt werden. Echte Serienreife sieht anders aus. Bei der aktuellen Beschaffungsausschreibung der Schweizer Luftwaffe durfte der Gripen E nicht einmal mehr

antreten, beziehungsweise musste seine Kandidatur zurückziehen - weil er gemäss Armasuisse den Anforderungen der Ausschreibung nicht entspricht und noch nicht fertig entwickelt ist. Zu Recht – aber auch so wie die GegnerInnen einer Beschaffung bereits 2014 argumentiert haben. Und dies ist dasselbe Flugzeug, welches die «Experten» der Beschaffungsbehörden und in deren Nachgang der Bundesrat, der Stimmbürger 2014 zum Kauf empfohlen haben. Da hat sich das VBS also dank unserer Hilfe viel Verspätung und Ärger erspart.

Doch daraus klüger scheinen die Rüstungsbeschaffer nicht geworden zu sein. Versprechen des Herstellers der F-35, des amerikanischen Rüstungskonzerns Lockheed Martin, glaubt man einfach mal. Sogar, wenn es im Fall der USA mit den regelmässig veröffentlichten Informationen des Government Accountability Office und vieler zivilgesellschaftlicher Projekte wie beispielsweise dem project on government oversight (kurz pogo), verlässliche Informationen gibt, welche die diversen Mängel und Kostenexplosionen bei der laufenden F-35 Produktion aufzeigen.

RÜCKSTÄNDIGES MILITÄR

Männerbilder/Feminismus im Schweizer Militär

Dieser Artikel beleuchtet Probleme und Realitäten bezüglich Männerbilder/Feminismus, welche im Schweizer Militär vermittelt werden. Hierbei greife ich auf eigene Erlebnisse in meiner Militärzeit zurück, welche mich schockiert haben. Es ist Zeit, an den veralteten Strukturen des Schweizer Militärs etwas zu ändern. FELIX KUHN

Leider entschloss ich mich bei meiner Rekrutierung, zum Sanitätsdienst des Schweizer Militärs zu gehen. Kaum war ich in der RS angekommen, fand ich es aber furchtbar. Bereits in der ersten Woche sollten wir einen Merkspruch zur Manipulation der Waffe (Laden, Entladen etc.) auf-sagen, in welcher das Manipulieren mit einer Vergewaltigung gleichgesetzt wurde. Das Magazin aus der Waffe nehmen, entsprach dem Kleider ausziehen vor der Vergewaltigung. Den Lauf kontrollieren, dass keine Patrone mehr darin ist und den Verschluss mit Wucht zurückschnellen lassen, entsprach körperlicher sexualisierter Gewalt (z.B. Ohrfeige) bei der Vergewaltigung. Ich führe dies nicht weiter aus...

Ein paar Wochen später ging meine Einheit (ca. 30 Männer) wieder einmal zu einer Schiessübung auf den Schiessplatz. Etwa die Hälfte der Gruppe, darunter auch ich, lag auf dem Boden und nahm teil an einer Wachschiessübung, in welcher die Schützen selbst entscheiden müssen, wann sie schießen. Die Vorgesetzten liefen hinter uns auf und ab und erzählten abstruse

Geschichten, welche mehrheitlich rassistisch oder sexistisch waren. Etwa die vierte Geschichte liess mir aber alle Haare zu Berge stehen. Der Vorgesetzte schrie uns an, dass wir am Samstagmorgen mit unserer Waffe nach Hause kämen und wir unsere Freundin mit einem anderen Mann im Bett finden würden. Dann seine Frage: «Wie reagiert ihr?» Fast alle der Gruppe schossen. Nur zwei andere und ich selbst schossen nicht. Die Reaktion des Vorgesetzten? Er schrie uns an und fragte, warum wir nicht schießen würden. Er forderte uns auf zu schießen, wir unterliessen es. Diese Geschichte sollte mich noch lange verfolgen und mich stutzig machen, was da eigentlich im Schweizer Militär gerade abläuft. Erneut ein paar Wochen später hatten diese Zwei, welche auch nicht geschossen hatten, das Militär verlassen und in den Zivildienst gewechselt. Ich blieb noch, leider.

Meinen ersten WK verbrachte ich im Militärspital in Andermatt. Dort lernte ich einen anderen Sanitäter kennen, der mir anvertraute, dass er schwul sei. Er meinte, dass dies sein letzter

WK sei und er es in all den vorherigen Jahren aus Angst vor Spott und Mobbing nie gewagt hätte, dies jemandem anzuvertrauen. Nach diesem WK wechselte ich in den Zivildienst. Meine während der RS gewachsene Idee, Teil des Militärs zu sein, um es von innen heraus verändern zu können, erwies sich als gescheitert. Ich verliess das Militär, wechselte in den Zivildienst und trat etwas später der GSoA bei, um das Militär von aussen verändern zu können.

Mir liegt der Feminismus am Herzen und ich bin der Meinung, dass es in der heutigen Zeit gerade auch an den Männern liegt, den Feminismus weiterzutragen. Das Männerbild verändert sich nur sehr langsam, während sich das Frauenbild in den letzten Jahrzehnten vielerorts stark verändert hat. Der Kern dieses Männerbildes besteht darin, dass viele Männer sich von den vermeintlich schwachen Eigenschaften, welche oft Frauen zugeordnet werden (Sanftheit, Empathie, Fürsorge etc.), abgrenzen und damit das Männerbild auf der Abwertung dieser Charakterzüge aufbauen. Den Satz «Heul nicht wie ein Mädchen» werden schon viele Männer gehört haben. Der Satz möchte das vermeintlich Schwache des Weinens aus dem Männerbild verdammen, während er gleichzeitig Männern suggerieren soll, dass sie Frauen überlegen sind.

Und daraus resultiert schlussendlich ein Bild, das heute viele nachdenklich stimmt: Stärke, Macht und Härte zeigen sich häufig in Emotionslosigkeit, Sexismus, Misogynie oder Gewalt. Es erscheint mir problematisch, dass wir als Gesellschaft noch formbare 18-jährige Jugendliche in ein mehrmonatiges «Zwangslager» stecken, sie wie ein Gefäss auffüllen mit falschem Patriotismus, rassistischen und sexistisch-misogynen Bildern, sie zum Töten ausbilden und dann in die zivile Welt zurückschicken. Wie meine Erfahrungen aufzeigen, scheint im Schweizer Militär vielerorts noch genau solch ein fragwürdiges Männerbild vorzuherrschen und darin auch ein sexistisch-misogynes Frauenbild. Wenn wir unsere Gesellschaft weiterbringen möchten, wenn wir Gleichheit, Gleichberechtigung, weniger Gewalt und ein natürlicheres und unserer Zeit angemesseneres Männerbild erreichen wollen, dann müssen wir an den Orten anfangen, an welchen wir die grosse Mehrheit erreichen. In der Schweiz sind dies wohl alle schulischen Ausbildungsstätten sowie (noch) das Militär. An beiden Orten braucht es unbedingt mehr Aufklärung bezüglich Sprache und Rollenbildern. Für die Zukunft des Schweizer Militärs sehe ich zwei Möglichkeiten: Entweder die genannten Probleme werden bald überwunden oder die Zeit des Militärs in der Schweiz wird überwunden.



AUSWEITUNG DIENSTPFLICHT

Obligatorischer Informationstag

Seit einigen Jahren wird der Platz der Frauen in der Armee diskutiert. Insbesondere ist es ein Thema geworden, seit Viola Amherd als Chefin des VBS das Ziel formuliert hat, einen höheren Frauenanteil in der Armee zu erreichen. PAULINE SCHNEIDER

Anfang dieses Jahres wollte Viola Amherd mit Hilfe eines Massnahmenpakets den Anteil Frauen in der Armee erhöhen. Teil davon war die Kampagne «Sicherheit ist auch weiblich», die den Frauen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen soll.

Im Rahmen dieses Vorschlags von Seiten des VBS reichte Stephanie Heimgartner im Juni dieses Jahres ein Postulat im Nationalrat ein. Sie verlangt vom Bundesrat einen Bericht, in dem die Möglichkeit eines obligatorischen Orientierungstages der Armee für alle Schweizerinnen geprüft und die Verfassung dement-

sprechend geändert werden soll. Der Bundesrat unterstützt diesen Vorschlag und will ihn prüfen. Gemäss der Regierung könnte dies ein Katalysator für eine höhere Beteiligung der Frauen in der Armee sein. So könnten weitere Frauen die Bestände erhöhen, die aktuell bei 0.8% liegen. Die Idee ist jedoch nicht neu. Bereits 2017 hat Guy Parmelin, damals Verteidigungsminister, einen ähnlichen Vorschlag gemacht. Dieser wurde jedoch nicht weiterverfolgt.

GLEICHBERECHTIGUNG À LA CARTE

Die Unterstützer*innen dieses Vorschlags

stützen sich auf verschiedene Argumente. Das zentrale ist, dass diese Veränderung in einem Kontext geschehen würde, in dem «ständig von Gleichberechtigung und Gleichbehandlung die Rede» sei. Diese Aussage von Seiten einer konservativen Partei hat eine gewisse Ironie inne, geht aber vor allem das Problem von einer völlig falschen Seite an. Gleichberechtigung kommt nicht von Kriegsspielen, sondern von allen Bereichen der Gesellschaft und indem man in Bildung und in Kampagnen gegen Sexismus investiert.

Es ist zudem klar, dass die Armee keinesfalls der Ort ist, an dem der Kampf gegen Sexismus höchste Priorität geniess. Es gibt wenige Statistiken zum Thema sexuelle Gewalt in der Armee, doch es wurden bereits mehrere Fälle von Übergriffen und Missbrauch gemeldet und zahlreiche Frauen haben Belästigung und sexistisches Verhalten in den Kasernen angeprangert. Im mili-

tärischen Umfeld, wo alle Komponenten der toxischen Maskulinität vereint sind, wird diese Art von Verhalten bei Männern noch verstärkt. Dies zeugt aber auch im Gesamten von einer Gesellschaft, in der Gleichstellung noch nicht erreicht ist.

Eine egalitäre Gesellschaft erreicht man nicht, indem man Frauen zu einem Orientierungstag zwingt, sondern durch konsequente Verurteilung aller Arten sexueller Gewalt und Gleichbehandlung von Frauen und Männern in allen Bereichen. Dieser Zwang zum Orientierungstag, der einen Eintritt in die Armee zum Ziel hat, ist keine Lösung zu einem missdiagnostizierten Problem. Solange Frauen und Männer nicht gleichgestellt sind, darf es keinesfalls einen Zwang für Frauen geben, sich in der Armee zu engagieren. In diesem Sinne werden wir uns selbstverständlich weiterhin für die Abschaffung der Armee einsetzen.

DIE LETZTE

WELCOME/GOODBYE

Danke Nadia, willkommen Lukas!

Nach zwei Jahren im Seki Team verlässt uns Nadia Kuhn, um sich ihrem Studium an der ETH zu widmen. Neu dürfen wir Lukas Bürgi im Seki Zürich begrüßen. JONAS KAMPUS UND ANJA GADA

Nadia Kuhn begann diesen Herbst ihr Studium in Umweltnaturwissenschaften an der ETH. Weil dieses nur schwer mit einer Anstellung bei der GSoA vereinbar ist, mussten wir uns schweren Herzens von Nadia verabschieden. Während ihrer fast zweijährigen Arbeit für eine antimilitaristische und pazifistische Welt prägte Nadia zahlreiche Kampagnen, insbesondere die der Kriegsgeschäfteinitiative und zuletzt fast im Alleingang jene gegen das PMT. Dabei brachte sie immer eine intersektionelle Sicht ein, insbesondere in Bezug auf feministische

und klimapolitische Anliegen. Egal in welchem Themenbereich, Nadia ist unglaublich dossierfest, kennt sich aber auch hervorragend mit unserer Fauna, ob bei Pandabären oder Oktopoden aus – darum wohl auch das Studium in Umweltnaturwissenschaften. Genossin, wir wünschen dir ganz viel Erfolg auf deinem weiteren Weg. Jede gute Sache kann sich glücklich schätzen, dich zu ihrer Verfechterin zu zählen. Vielen Dank für dein Engagement bei der GSoA!

Neu dürfen wir im Sekretariat in Zürich Lukas Bürgi begrüßen. Lukas ist seit über fünf

Jahren aktives GSoA-Mitglied, wobei er nicht nur als ausserordentlich fleissiger und talentierter Unterschriftensammler und Kampfjet-Bastler, sondern auch als strategischer Kopf und Cybersecurity-Experte in der Koordination beeindruckte. Unser neuester Sekretär ist also keinesfalls ein neues Gesicht innerhalb der GSoA. Umso mehr freuen wir uns, ihn für all

seine Arbeit, gerade was die Informatik und den Webauftritt betrifft, endlich auch offiziell anstellen zu können. Die Regionalgruppen liegen ihm als aktives Mitglied besonders am Herzen, weshalb in nächster Zeit bestimmt die eine oder andere Idee aus seinem Köcher gezogen werden wird. Wir sind sehr glücklich dich, Lukas, im Sekretariat willkommen zu heissen.

LEUTE, WIR HABEN EINEN FEHLER GEMACHT!

(js) Bei Recherchen zu einer Uni-Arbeit zum Thema «Frauen und Dienstpflicht» bin ich in einem Artikel der OFRA (wer sie nicht kennt: Organisation für die Sache der Frau – vormalige POCH-Frauen) aus den frühen 80er-Jahre über den Begriff «Heiliger Muni» gestolpert. Gemeint damit war natürlich die Armee. Genannt wurde der Begriff an einer Tagung mit dem Titel «Wir passen unter keinen Helm», organisiert von radikalen Feministinnen. Mir fiel es wie Schuppen von den Augen: Warum zum Teufel sprach die GSoA Ende desselben Jahrzehnts davon, die «Heilige Kuh» schlachten zu wollen? Die Armee ist bis heute die patriarchalischste und hierarchischste Institution, die dieses Land kennt – daran hat auch Viola Amherd noch nichts zu ändern vermocht. «Kuh» ist also definitiv die falsche Bezeichnung. Wer beim Wandern schon mal in ein Gehege mit einem Muni trat, weiss wovon ich spreche.

Mir ist bewusst, dass «Heilige Kuh» ein stehender Begriff ist. «Drama-Queen» übrigens auch, trotzdem wird er in den meisten Fällen für angeblich gefoulte Fussballspieler verwendet. Deshalb: Ich plädiere dafür, dass wir beim nächsten Mal, wenn wir per Initiative die Armee noch ein bisschen mehr abschaffen, doch vom «Schlachten des heiligen Munis» sprechen!

PS: Die politische Unkorrektheit des symbolischen Schlachtens eines Tieres ist natürlich ein ganz anderes Thema...



Nadia Kuhn



Lukas Bürgi

GREGOR,
das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube: www.youtube.com/user/GregorsGunTV



Bestelltalon GSoA-Material



Anzahl	Bezeichnung	Frau / Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
	Peace-Button			Fr. 1.–	
	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	Pullover «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.–	
	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	T-Shirt «Stopp Kampfjets!»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	T-Shirt «Gregor»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.–	
	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.–	
	Friedensfahne		<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.–	
	Kleber			kostenlos	
	Jasskarten		<input type="checkbox"/> de Set <input type="checkbox"/> fr Set	Fr. 5.–	
	Feldpost-Päckli			Fr. 60.–	
	Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:				
	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!			Fr. 2.–	
	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.–	
	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.–	
	Versandkostenanteil				Fr. 4.80
	Ich werde GSoA-Mitglied	<input type="checkbox"/> Verdienende Fr. 100.–	<input type="checkbox"/> Nichtverdienende Fr. 50.–		
	Spende	<input type="checkbox"/> Fr. _____	<input type="checkbox"/> Fr. 50.– <input type="checkbox"/> Fr. 20.– <input type="checkbox"/> Fr. 10.–		
	Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich <input type="checkbox"/>				
	Rechnungsbetrag				

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bestellung: GSSA, CP 151, 1211 Genève 8, www.gsoa.ch/shop